

## **Mietpreise explodieren: Auch im Umland von Dresden und Leipzig!**

Mietpreise steigen im Umland von Dresden und Leipzig.  
Die Linken fordern mehr Sozialwohnungsbau zur  
Entlastung der Mieter.

**Dresden, Deutschland** - Die Mietpreise in Sachsen explodieren! Nicht nur in den pulsierenden Städten Dresden und Leipzig, sondern auch in den angrenzenden Speckgürteln steigen die Kosten für Wohnraum dramatisch. Die Linke im Sächsischen Landtag schlägt Alarm und fordert sofortige Maßnahmen für bezahlbares Wohnen. „Wir müssen beim Sozialwohnungsbau endlich richtig anpacken!“, ruft Juliane Nagel, die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, und verlangt eine Verdopplung des Förderbudgets auf mindestens 250 Millionen Euro.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In Nordsachsen sind die Mietpreise im Median um fast neun Prozent auf 6,67 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Im Landkreis Leipzig kletterten sie um mehr als acht Prozent auf 6,50 Euro, während im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ein Anstieg um fast fünf Prozent auf 6,78 Euro zu verzeichnen ist. Im Vergleich zum Jahr 2020 sind die Preise in Nordsachsen sogar um über 20 Prozent gestiegen! In Leipzig und dem Landkreis Leipzig betragen die Steigerungen 18 Prozent. Diese Entwicklungen treffen vor allem die Schwächsten der Gesellschaft.

### **Wer leidet am meisten?**

Besonders betroffen sind Alleinerziehende und alleinstehende

Rentner. „Die Mieten in Sachsen steigen flächendeckend, und das ist eine Katastrophe!“, warnt Nagel. In Leipzig mussten 2022 bereits 15 Prozent der Mieter mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Wohnkosten aufbringen. Die steigenden Kaltmieten und Nebenkosten für Energie, Heizung und Müllabfuhr setzen den Menschen enorm zu. Die Linke fordert daher wirksame Maßnahmen, um den Mietanstieg zu bremsen und das Wohnen wieder bezahlbar zu machen.

Die neue Landesregierung steht vor einer gewaltigen Herausforderung: Sie muss den Städten die Möglichkeit geben, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einzuschränken. Diese Entscheidung wird von Bauminister Thomas Schmidt (CDU) blockiert, obwohl der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum enorm ist. Zudem muss die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von regulär 20 Prozent in drei Jahren auf 15 Prozent gesenkt werden, bevor die entsprechende Verordnung für Dresden und Leipzig am 30. Juni 2025 ausläuft.

Details	
<b>Ort</b>	Dresden, Deutschland

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**